

# Wahlprüfsteine Migrantenbeirat für die Kommunalwahlen 2024 in Potsdam

Antworten der Wählergruppe DIE aNDERE / 18.04.2024

---

## Welche Vorstellungen hat Ihre Organisation/ Parteien zur Unterbringung geflüchteter Menschen in Potsdam (wie zum Beispiel Wohnformen, Verteilung im Stadtgebiet, etc.)?

DIE aNDERE setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, dass geflüchtete Menschen möglichst schnell in eigenen Wohnungen im ganzen Stadtgebiet untergebracht werden. Aber wir fordern auch in den Gemeinschaftsunterkünften (GU) eine wohnungsähnliche Unterbringung. Niemand soll gezwungen sein, Küche, Bad und Wohnräume mit haushaltsfremden Menschen zu teilen. Pro GU sollen nicht mehr als 100 Menschen leben. Die Unterkünfte sollen über das gesamte Stadtgebiet verteilt werden und so gelegen sein, dass sie Nachbarschaft ermöglichen und kurze Wege zu Schulen, Läden und sozialen Einrichtungen bieten.

Obwohl wir diese Vorstellung weitgehend im städtischen Integrationskonzept verankern konnten, scheitert die Umsetzung dieser Grundsätze vor allem am Mangel von städtischen Wohnungen und Grundstücken. Das wollen wir nicht akzeptieren. Ein Integrationskonzept, das auf die Unterbringung in Wohnungen setzt, darf nicht nur so lange Gültigkeit besitzen, wie keine oder nur wenige Migrant\*innen neu in Potsdam aufgenommen werden müssen.

## Wie planen Sie, die beruflichen Chancen für Migrant\*innen in Potsdam zu fördern?

Wir unterstützen das Modell Spurwechsel, das Menschen, deren Asylverfahren abgelehnt sind, eine neue Bleibeperspektive schafft.

Sprache ist und bleibt dabei der erste und wichtigste Baustein. Spracherwerb muss entsprechend gefördert werden. Wir unterstützen eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. Das bedeutet für uns konkret das Ermöglichen des Erwerbs der deutschen Sprache auf hohem Niveau — mindestens B. Zudem müssen Migrant\*innen anhand ihrer vorhandenen Potentiale und der mitgebrachten Berufserfahrung beurteilt und gefördert werden. Wir lehnen es ab, gut ausgebildete Menschen in Hilfstätigkeiten zu vermitteln, um sie kurzfristig aus der Arbeitslosenstatistik streichen zu können.

Wichtig ist weiterhin die Flexibilität von Behörden und Institutionen, auf nichteuropäische Bildungsabschlüsse und auf (oft aufgrund von Fluchtsituationen) fehlende Zeugnisse und abgebrochene Bildungskarrieren einzugehen.

Und selbstverständlich müssen sich die Behörden und alle städtischen Betriebe auch selbst dafür öffnen, Migrant\*innen auszubilden und zu beschäftigen. Migrant\*innen müssen auch auf dem Arbeitsmarkt als Chance und Bereicherung begriffen werden.

## **Wie positioniert sich Ihre Partei zum Ausbau der Angebote Sozialer Arbeit an Schulen?**

Unsere Wählergruppe möchte mehr Sozialarbeit an den Schulen. Außerdem halten wir mehr aufsuchende Sozialarbeit (Streetwork) und eine Stärkung der Allgemeinen Sozialen Dienste in den Wohngebieten für dringend erforderlich.

## **Wie will Ihre Partei oder Wählergruppe die Bearbeitungszeiten in der Einbürgerungsbehörde und Ausländerbehörde verkürzen?**

Auf Antrag unserer Fraktion beschloss die Stadtverordnetenversammlung, die Bearbeitungszeiten in der Einbürgerungsbehörde auf 6 Monate zu senken. Damit dies umgesetzt werden kann, müssen neue Personalstellen geschaffen und eingearbeitet werden. Außerdem müssen bürokratische Hindernisse bei der Passbeschaffung abgebaut werden.

Menschen haben bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung. Etwa 1.800 Menschen warten in Potsdam auf ihre Einbürgerung. Fast alle erfüllen die gesetzlichen Voraussetzungen, denn anhand der Statistik ist davon auszugehen, dass nur etwa ein Prozent der Einbürgerungsanträge abgelehnt wird. Von der Einbürgerung sind einige Grundrechte — sogenannte Deutschenrechte — wie die freie Berufswahl, das Demonstrationsrecht und das Wahlrecht abhängig. Am 09.06. werden viele Hundert Potsdamer\*innen mit Migrationsgeschichte nur deshalb nicht wählen dürfen, weil ihr Einbürgerungsantrag nicht rechtzeitig beschieden wurde. Das ist — bei allem Verständnis für den Fachkräftemangel in der Verwaltung — ein unhaltbarer Zustand.

In der Ausländerbehörde sollten Duldungen für möglichst lange Zeiträume (1 Jahr statt 3 Monate) erteilt werden. Der neue Behördenleiter arbeitet bereits an der Optimierung von Verwaltungsprozessen, um sicherzustellen, dass Post schneller bearbeitet wird und Termine schneller vergeben werden. DIE aNDERE hält es auch für erforderlich, die telefonische Erreichbarkeit der zuständigen Sachbearbeiter\*innen der ABH zu verbessern.

## **Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um Diskriminierung und Rassismus gegenüber Migranten zu bekämpfen?**

Potsdam wird von vielen Migrant\*innen für eine weltoffene Grundstimmung geschätzt. Aber auch hier gibt es immer wieder rassistische Anfeindungen oder Diskriminierung in Behörden, in der Straßenbahn oder im Wohnumfeld. Wir setzen uns für eine Änderung von Verhaltensweisen und Strukturen ein und dafür, jedem Einzelfall nachzugehen.

Diskriminierung gegenüber Migrant\*innen und Rechtspopulismus sind gerade in Wahlkampfzeiten leider auch bei politischen Parteien auf allen Ebenen ein gängiges Mittel, die Ursachen für bestehende Probleme wie Wohnungsnot oder Mangel an Infrastruktur — an Menschen festzumachen, die keine starke Lobby haben, um damit von den tatsächlichen Ursachen abzulenken. Wir treten auch dem Populismus aus der Mitte der Parteienlandschaft entgegen, die eigenen Versäumnisse der Vergangenheit nicht aufarbeitet und Scheinlösungen wie das aktuelle Bezahlkartensystem anbietet.

## **Durch welche Maßnahmen möchten Sie die kulturelle Vielfalt in Potsdam fördern?**

Die migrantischen Communitys brauchen geeignete Räume, um eigene Veranstaltungen und Treffpunkte in der Stadt zu etablieren. Bei Stadtteilstesten sollten sie stärker eingebunden werden.

Wir unterstützen ausdrücklich die aktuellen Aktivitäten von Refugees Emancipation, ein eigenes Hausprojekt in der Innenstadt zu etablieren und dort mittelfristig auch eigene Angebote machen zu können.

## **Befürworten Sie, dass die Stadt Potsdam zusätzlich zu ihrer Aufnahmeverpflichtung Menschen aufnimmt, die besonderer Verfolgung oder Gefahr ausgesetzt sind (z.B. aus Seenot gerettete Menschen, Deserteure aus Kriegsgebieten, verfolgte Minderheiten)?**

Ja, unbedingt. Potsdam muss Schutz bieten, wenn Menschen in Not sind — und sollte mehr tun, als nur die Aufnahmequote erfüllen. Unsere Stadt ist nicht arm und kann Deserteuren aus Kriegsgebieten und verfolgten Minderheiten eine Aufnahme- und Bleibeperspektive bieten. Eine Stadt, die es sich leisten kann im Jahr 2024 fast 180 Wohnungen in der Innenstadt abzureißen, hat offensichtlich noch erhebliche Ressourcen für die Unterbringung zusätzlicher Menschen.

## **Wie werden Sie sicherstellen, dass die Stimmen und Anliegen der Migrant\*innen in Potsdam stärker gehört und berücksichtigt werden?**

Ein besonderes Anliegen ist uns seit Jahren die Einrichtung der unabhängigen Beschwerdestelle für Migrant\*innen. Wir freuen uns, dass es diese Stelle nun endlich beim Beratungsfachdienst des Diakonischen Werkes gibt. Natürlich werden wir uns dafür einsetzen, dass die Beschwerden regelmäßig ausgewertet und Missstände behoben werden. Aber am besten wäre es natürlich, wenn wir den Anteil von Migrant\*innen in der Stadtverwaltung und in den städtischen Betrieben steigern können.

Es ist uns wichtig, den Migrant\*innenbeirat der Stadt und die Migrationsbeauftragte der Stadt zu Fragen, die das alltägliche Leben von Migrant\*innen betreffen, anzuhören und in Entscheidungen einzubinden. Das geschieht aktuell noch viel zu wenig. Umso wichtiger ist es, dass sich der Migrant\*innenbeirat in den letzten Jahren trotzdem immer wieder mit Statements z.B. für eine Beteiligung am Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan, für schnellere Einbürgerungen oder zuletzt gegen die Einführung der Bezahlkarte positioniert hat. Vielen Dank dafür!

## **Kandidieren für Ihre Partei Menschen mit Migrationshintergrund? (Bitte mit Namen, Wahlkreis und Listenplatz angeben)**

Ja, bei uns kandidieren Menschen, die außer dem deutschen auch einen ungarischen, mexikanischen oder pakistanischen Pass haben (Tamás Blenessy im WK 1, Diana Gonzalez Olivo im WK 2 und Jibrán Khalil im WK 3). Sie alle haben sichere Listenplätze und werden im Rahmen unserer Mandatsrotation auch in die Stadtverordnetenversammlung kommen. Wir hoffen, dass unsere Listen noch bunter werden — sei es durch die Einbürgerung politischer Mitstreiter\*innen oder durch ein Wahlrecht, das endlich für alle gilt, die in Potsdam leben.



Wählergruppe DIE ANDERE  
c/o Jan Wendt, Dortustraße 1  
14467 Potsdam

[die-andere.org](https://www.die-andere.org)

[kontakt@die-andere.org](mailto:kontakt@die-andere.org)

Folgen Sie uns im Netz:

